

A N F R A G E von Ruth Gurny Cassee (SP, Maur), Thomas Müller (EVP, Stäfa) und Silvia Kamm (Grüne, Bonstetten)

betreffend Ausgrenzungsmassnahmen gegen Asylbewerbende in Meilen

Wie aus der Presse bekannt wurde, hat die Gemeinde Meilen ein sogenanntes Sicherheitskonzept im Zusammenhang mit Asylsuchenden ausgearbeitet. Zentraler Inhalt dieses Sicherheitskonzeptes bildet die Bezeichnung von Spezialrayons. Es geht der Gemeinde gemäss Publikation auf ihrer Homepage darum, mit der Bezeichnung solcher Spezialrayons „Unsicherheit und Ängste in der Bevölkerung vorzubeugen“. Die Schul- und Sportanlagen auf dem ganzen Gemeindegebiet wurden als solche Spezialrayons bezeichnet, auf welchen die Asylsuchenden ohne Spezialbewilligung keinen Zutritt haben. Weiter sollen im gesamten Dorfzentrum keine störenden „Ansammlungen“ von Asylsuchenden geduldet werden.

Wie der Publikation auf der Homepage weiter zu entnehmen ist, werden die Polizeiorgane bei Bedarf die Asylsuchenden aus diesen Rayons wegschicken. Weiter wird darauf hingewiesen, dass sich Gemeinde- und Kantonspolizei bereits zu einer engen Zusammenarbeit gefunden haben.

Diese Regelung befremdet doch sehr. Gemäss Art. 13e ANAG (Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer) können sogenannte Rayonverbote nicht kollektiv und präventiv gegen Asylsuchende erlassen werden. Das Gesetz sieht vielmehr vor, dass einem Ausländer/einer Ausländerin, der/die keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung besitzt und die öffentliche Sicherheit und Ordnung stört oder gefährdet, die Auflage gemacht werden kann, ein zugewiesenes Gebiet nicht zu verlassen oder ein bestimmtes Gebiet nicht zu betreten (Eingrenzung respektive Ausgrenzung). Das Vorgehen der Gemeinde Meilen erinnert in fataler Weise an südafrikanische Zustände zur Zeit des Apartheid-Regimes.

Angesichts dieser Ausgangslage erlauben wir uns, folgende Fragen an den Regierungsrat zu richten:

1. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung betreffend fehlender Rechtmässigkeit der getroffenen Anordnungen?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat den Einbezug der Kantonspolizei in die genannten Ausgrenzungsaktivitäten?
3. Welche Schritte gedenkt der Regierungsrat gegen den offensichtlichen Rechtsverstoss der Gemeinde Meilen zu unternehmen?

Ruth Gurny Cassee
Thomas Müller
Silvia Kamm